

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 11.12.2019
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:30 Uhr
Ort, Raum: Bürgersaal des neuen Rathauses Langensteinbach,
Hirtenstraße 45, 76307 Karlsbad

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Jens Timm

FDP / Liberale Liste Karlsbad

Herr Björn Kornmüller

Freie Wähler

Herr Alexander Bodemer
Frau Heike Christmann
Herr Jürgen Herrmann
Herr Otto Höger
Herr Joachim Karcher
Herr Hans-Gerhard Kleiner
Frau Heidi Ochs
Herr Michael Wenz

CDU

Herr Günter Denninger
Herr Jürgen Dummler
Herr Peter Kiesinger
Herr Nicki Konstandin
Herr Steffen Langendörfer
Herr Roland Rädle
Herr Norbert Ried

SPD

Herr Reinhard Haas
Frau Cornelia Nürnberg
Herr Klaus Steigerwald
Herr Jens Walch

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Heike Günther
Herr Thomas Guthmann
Herr Andreas Hartmann
Frau Sabine Kronenwett
Frau Simone Rausch
Herr Uwe Rohrer
Frau Dr. Susanna Vollmer

Protokollführer

Herr Hans-Dieter Stößer

von der Verwaltung

Frau Petra Goldschmidt

Herr Joachim Guthmann

Frau Stefanie Kappler

Herr Benedikt Kleiner

Herr Ronald Knackfuß

Herr Simon Müller

Herr Dr. Klaus Rösch

Arbeitszeit

Sachverständige

Herr Gesamtkommandant Feuerwehr

Karlsbad Holger Fuhr

Abwesend:

Freie Wähler

Herr Karl-Heinz Ried

SPD

Herr Michael Nowotny

Tagesordnung:

- 1 **Bekanntgaben**
- 2 **Fragen der Gemeinderäte**
- 3 **Zustimmung zur Wahl des Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Karlsbad**
Vorlage: 10/0850/2019
- 4 **Zustimmung zur Wahl des 1. stellvertretenden Kommandanten der Feuerwehr Karlsbad**
Vorlage: 10/0851/2019
- 5 **Beratung und Beschlussfassung über eine Änderungssatzung zur Satzung über die Benutzung von Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünften vom 23.06.2016**
Vorlage: 10/0835/2019
- 6 **Beratung und Beschlussfassung über die Bedarfsplanung Kindergärten/ Kinderbetreuung in Karlsbad**
Vorlage: 10/0852/2019
- 7 **Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2018**
Vorlage: 20/0846/2019

- 8 **Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der AWO Karlsruhe zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes und Abschluss eines städtebaulichen Vertrages für das Grundstück Flst.Nr. 5644, Karlsruher Straße 30 in Karlsbad-Spielberg
Vorlage: 60/0848/2019**
- 9 **Beratung und Beschlussfassung zur Aufstellung des Bebauungsplanes "Gartenstraße I" in Karlsbad-Ittersbach
Vorlage: 60/0849/2019**
- 10 **Genehmigung von Protokollen**
- 11 **Verschiedenes**
- 12 **Fragen der Zuhörer**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 3.12.2019 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und das Gremium beschlussfähig ist, weil 28 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind sowie die Sitzung im Mitteilungsblatt vom 5.12.2020 öffentlich bekannt gemacht worden war.

Als Urkundspersonen werden ernannt:

Gemeinderäte Herrmann Jürgen , Rädle Roland ,Haas Reinhard, Rohrer Uwe

zu 1 Bekanntgaben

Keine.

zu 2 Fragen der Gemeinderäte

2.1 Lärmschutz A8

GR Andreas Hartmann (Bündnis 90/Grüne) regt an, nach dem Termin Verkehrseröffnung L 623 mit dem Verkehrsminister und MdL Barbara Saebel (Bündnis 90/Grüne) zur Wiesenstraße zu fahren um dort das Thema Lärmproblematik vor Ort zu besprechen. Der Vorsitzende sagt, dass er keine Zeit für einen Anschlusstermin hat und sehr wahrscheinlich auch nicht der Verkehrsminister. Die Gemeinderäte könnten ja mit der Landtagsabgeordneten in die Wiesenstraße gehen.

2.2 Hundekotbeutel/Freibadkooperation /Umfrage „Gutes Älter werden“

GR Thomas Guthmann (Bündnis 90/Grüne) fragt, was mit den Hundekotbeuteln passiert. Ferner will er wissen, wie die Kontrolle mit den neuen Chipkarten aus Remchingen für das Freibad von statten gehen soll. Außerdem interessiert ihn, wie die Verwaltung die Bürgerumfrage im Hinblick auf die Bürgerinnen und Bürger, die wegen der Auskunftssperre nicht angeschrieben worden sind, sieht. Zu befürchten sei, dass Personen, die sich nachträglich beteiligten, die Ergebnisse durch mehrfach erstellte Fragebögen verfälschen könnten. Der

Vorsitzende antwortet, dass die Problematik die in Plastikbeutel aufgesammelten und dann ins Feld geworfenen Hundekotbeutel sind. Hier ist der Grundgedanke, dass kompostierbare Hundekotbeutel besser für die Landwirtschaft seien. Allerdings ist hier problematisch, dass laut Umweltbundesamt beide Hundekotbeutelvarianten (nicht kompostierbar und kompostierbar) verbrannt werden. Die kompostierbaren Hundekotbeutel verrotten demnach auch nicht und wenn dann nicht schnell genug, so dass hierdurch keine Verbesserung für die Landwirte erreicht wird.

Die neuen Chipkarten für das Freibad seien, so der Vorsitzende, weiter manuell kontrollierbar, sie kosten ca. 1 Euro für den Rohling, der aber nicht gesondert von den Inhabern erhoben wird, sondern im Nachgang von der Gemeinde Karlsbad bezahlt wird. Erhältlich sind diese nur beim Freibad im Remchingen, wenn der Badegast dort das erste Mal seine Freibadkarte benutzt.

Beim Thema Bürgerumfrage „Gutes Älterwerden in Karlsbad“ habe man aufgrund der DSGVO keine Entscheidungsfreiheit bezüglich der Verwendung der Daten gehabt. Diese Personen haben angegeben, dass ihr Geburtsdatum nicht verwendet bzw. bekannt gegeben werden darf. Da man alle Personen ab 40 Jahren, also ab einem bestimmten Geburtsdatum angeschrieben hat, wurden diese in die Auswahl vom System nicht mit aufgenommen. Die Befürchtungen, dass die Ergebnisse durch mehrfach ausgefüllte Fragebögen die aus dem Internet heruntergeladen werden, verfälscht würden, teile er nicht. Er könne sich schwer vorstellen, dass Bürgerinnen und Bürger aus Karlsbad hierdurch einen Vorteil hätten oder sich die Mühe machten, dies zu tun.

2.3 Baustelle Karlsruher Straße in Spielberg

GR Joachim Karcher (Freie Wähler) sagt, dass bei der Baustelle Karlsruher Straße die Gestattung auslaufe und die Absicherung immer noch mangelhaft sei. Er befürchtet, dass dort mal ein Unfall passiere, das Halteverbot werde nicht eingehalten. Die Verwaltung nimmt dies auf.

2.4 Postzustellung

GRin Simone Rausch (Bündnis 90/Die Grünen) weist nochmalig auf die Postzustellungsprobleme hin.

zu 3 Zustimmung zur Wahl des Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Karlsbad Vorlage: 10/0850/2019

Der Vorsitzende hält Sachvortrag gemäß Vorlage.

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) beglückwünscht nach der Beschlussfassung den Kommandanten zur Wiederwahl und wünscht Kraft und Mut für die Arbeit.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat möge der Wahl von Herrn Holger Fuhr zum Kommandanten der Feuerwehr Karlsbad zustimmen.

Einstimmig beschlossen Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**zu 4 Zustimmung zur Wahl des 1. stellvertretenden Kommandanten der Feuerwehr Karlsbad
Vorlage: 10/0851/2019**

Der Vorsitzende hält Sachvortrag gemäß Vorlage. Nach der Beschlussfassung bedankt er sich bei den Führungspersonen für deren Engagement.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat möge der Wahl von Herrn Frank Trunz zum 1. Stellvertretenden Kommandanten der Feuerwehr Karlsbad zustimmen.

Einstimmig beschlossen Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**zu 5 Beratung und Beschlussfassung über eine Änderungssatzung zur Satzung über die Benutzung von Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünften vom 23.06.2016
Vorlage: 10/0835/2019**

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner hält Sachvortrag gemäß Vorlage. Es gibt keine Rückfragen und Diskussionen.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Die Damen und Herren des Gemeinderates mögen die Änderungssatzung zur Satzung über die Benutzung von Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünften vom 23.05.2016 beschließen.

Einstimmig beschlossen Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**zu 6 Beratung und Beschlussfassung über die Bedarfsplanung Kindergärten/ Kinderbetreuung in Karlsbad
Vorlage: 10/0852/2019**

Nach einer kurzen Einleitung durch den Vorsitzenden hält Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner Sachvortrag anhand der Vorlage. U.a. erläutert er, dass die Gemeinde die Berufswahl der Eltern unterstützen wolle. Statistisch gesehen würden die Kinderzahlen steigen, die Betreuungsquote sei wegen der steigenden Kinderzahlen etwas gesunken und die Betriebskosten würden bei gleichbleibenden FAG-Zuweisungen steigen. Geplant seien Erhöhungen der Kindergartenbeiträge um 3 Prozent, es gebe Änderungen bei den Regelungen zu den Tageseltern, weitere Stichpunkte seien individuelle Mittagessenangebote, Randzeiten und Kernzeitbetreuung.

Der Vorsitzende ergänzt, dass das Thema interessant sei und die Gemeinde in der Vergangenheit und auch zukünftig erheblich investiere. Das finanziell Machbare werde geleistet, man habe in allen Ortsteilen gute, bedarfsorientierte Standards die man halten wolle ohne die Betreuungsquote zu verschlechtern.

GR Roland Rädle (CDU) nimmt Bezug auf eine Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung die für Baden-Württemberg gute Leistungen bei der Betreuung bescheinige. In Karlsbad seien die Standards noch höher, man sei attraktiv und finanziere auch freiwillige Leistungen mit. Die Problematik, auf die die Gemeinde zusteure sei, dass jährlich 250.000 Euro mehr in diesen Bereich fließen. Es gebe allerdings auch andere Gruppen in der Bürgerschaft mit Bedarfen, alles habe seine Grenzen. Die Schere werde in diesem Bereich weiter auseinanderdriften.

GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Die Grünen) sieht dies ebenso. Man stimme der Vorlage generell zu und wolle keine große Diskussion führen, die Erhöhung der Gebühren um 3 Prozent gehe in Ordnung.

GR Reinhard Haas (SPD) spricht von einem beispielhaften Riesenangebot der Gemeinde. Man habe zwei Kindergärten mit überwiegend auswärtigen Kindern (Waldorf und Bauernhof-Kindergarten). Die Vorlage werde man insgesamt mittragen, die Eltern würden moderat mit angepassten Gebühren beteiligt.

GR Björn Kornmüller (FDP) zeigt sich glücklich über die Vorlage. Man stehe in Sachen Betreuung mit flexiblen Angeboten sehr gut da. Er stimme der Vorlage gerne zu.

Eine größere und kontroverse Diskussion entwickelt sich zwischen Verwaltung und Gremium um das Thema geplanter Ausschluss der Schüler der Karlsbader Förderschule in Ittersbach von der Kernzeitbetreuung. Konkret wurde anhand eines Einzelfalles darüber diskutiert. Aus Sicht der Verwaltung – so der Tenor des Vorsitzenden und des Hauptamtsleiters Benedikt Kleiner – hat das Kind um das es geht, deutliche soziale Auffälligkeiten. Daraus resultierend gibt es erhebliche Probleme in den Kernzeitgruppen. Es gehe um einen Betreuungsbedarf, den das Personal der Gemeinde nicht leisten könne. Man habe es probiert, sei jedoch gescheitert. Gefordert sei hier das Kreisjugendamt, welches bisher leider nicht die Verantwortung für das Thema übernommen habe. Die Verwaltung habe Gespräche mit den Eltern geführt und diese auf das Landratsamt als Ansprechpartner verwiesen. Mehrere Gemeinderäte (u.a. Roland Rädle, Peter Kiesinger, Heike Christmann) plädieren dafür, das Thema erneut zu beraten.

Antrag an den Gemeinderat/Ausschuss:

GR Peter Kiesinger (CDU) stellt den Antrag, das Thema geplanter Ausschluss der Schüler der Karlsbader Förderschule in Ittersbach von der Kernzeitbetreuung zu vertagen und die Problematik seitens der Verwaltung nochmal zu prüfen.

Der Gemeinderat stimmt mit 21 Jastimmen, 6 Gegenstimmen und 1 Enthaltung dafür.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat möge

1. die vorgestellten Bedarfsplanung und Berichte zur Belegung und Finanzbeziehungen zur Kenntnis nehmen
2. Den Förderungen der Kindertagespflege (Qualifikationskosten, Investitionskostenzuschuss) zustimmen
3. Der Festsetzung der Elternbeiträge gem. Anlage S. 37/38/40/41 zustimmen- Erhöhung im Ü3 und U3 Bereich um 3 %

4. Der Gebührenordnung für die Kernzeitbetreuung zustimmen (S. 47/48)
5. Die Betriebskostenabrechnung inkl. Defizitübernahmen zuzustimmen

Der Gemeinderat ist mit der blockweisen Abstimmung der Punkte 1-5 mit Ausnahme des Themas geplanter Ausschluss der Schüler der Karlsbader Förderschule in Ittersbach von der Kernzeitbetreuung einverstanden und stimmt mit 27 Jastimmen, 0 Gegenstimmen und 1 Enthaltung zu.

zu 7 Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2018 Vorlage: 20/0846/2019

Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt führt in das Thema ein. Der stellvertretende Rechnungsamtsleiter Simon Müller erläutert detailliert die Zahlen anhand einer Präsentation.

GR Roland Rädle (CDU) bewertet den Abschluss positiv und bedankt sich für die Arbeit des Rechnungsamtes. Die Gewerbesteuer gehe langsam zurück, dann werde vermutlich auch die Einkommensteuer sinken, er sei trotzdem zuversichtlich.

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) meint, dass es gut sei, wenn der Abschluss besser als die Prognose ausfalle. Man könne überlegen, die Rücklage für bestimmte Vorhaben „anzuknabbern“.

GR Uwe Roher (Bündnis 90/Die Grünen) sagt, dass die Einnahmen in Zukunft möglicherweise rückläufig sein könnten. Er freue sich über den guten Abschluss, es gelte jedoch im Hinblick auf die Zukunft vorsichtig zu sein.

GR Reinhard Haas (SPD) äußert sich positiv, die Gemeinde schultere gewaltige Investitionen, es gelte vorsichtig zu sein. Er bedankt sich bei allen Beteiligten.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

- Der Gemeinderat der Gemeinde Karlsbad stellt den Jahresabschluss 2018 der Gemeinde Karlsbad gem. § 95 GemO i.V.m. § 95 b Abs. 1 GemO fest.
- Der Jahresüberschuss beim ordentlichen Ergebnis wird in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses eingestellt.
- Der Überschuss des Sonderergebnisses wird in die Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses eingestellt.
- Einer Umbuchung gem. § 23 Satz 4 GemHVO von bereits verwendeten liquiden Mittel aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses in das Basiskapital in Höhe von 2.074.260,48 € wird zugestimmt.
- Der Bildung von Gebührenüberschussrückstellungen für den Bemessungszeitraum 2017/2018 bei der Schmutzwasserbeseitigung in Höhe von 288.055,90 €, sowie für das Niederschlagswasser 139.944,73 € wird zugestimmt.
- Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen werden genehmigt.

Einstimmig beschlossen Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**zu 8 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der AWO Karlsruhe zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes und Abschluss eines städtebaulichen Vertrages für das Grundstück Flst.Nr. 5644, Karlsruher Straße 30 in Karlsbad-Spielberg
Vorlage: 60/0848/2019**

Der Vorsitzende führt kurz ins Thema ein, Joachim Guthmann von der Bauverwaltung erläutert das Thema anhand der Vorlage.

GR Joachim Karcher (Freie Wähler) bewertet als gut, dass die AWO in Spielberg bleibe. Die Stellplätze sollten möglichst auf dem Gelände der AWO realisiert werden. Das sollte in die Planung kommen. Der Vorsitzende sagt, dass man diese Anregung mitnehme.

GR Reinhard Haas (SPD) ergänzt zum Thema Parkplätze mit dem Vorschlag, dass diese eventuell bei einem Grundstückseigentümer gegenüber auf einem Streifen realisiert werden könnten.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat wolle dem Antrag der AWO Karlsruhe zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes zustimmen.

Einstimmig beschlossen Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**zu 9 Beratung und Beschlussfassung zur Aufstellung des Bebauungsplanes "Gartenstraße I" in Karlsbad-Ittersbach
Vorlage: 60/0849/2019**

Der Vorsitzende führt kurz in das Thema ein, Joachim Guthmann hält Sachvortrag anhand der Vorlage. Eine Diskussion wird nicht gewünscht.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat wolle den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Gartenstraße I“ in Karlsbad-Ittersbach nach § 2 Baugesetzbuch (BauGB) fassen.

Einstimmig beschlossen Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 10 Genehmigung von Protokollen

Die öffentlichen Protokolle vom 25. September und 23. Oktober 2019 werden mit 28 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen genehmigt.

zu 11 **Verschiedenes**

11.1 GUA überplanmäßige Ausgaben

Der Vorsitzende sagt, dass es im Bereich des Garten- und Umweltamtes viele kleine Beträge gebe die insgesamt zu überplanmäßigen Ausgaben von rund 20.000 Euro geführt hätten. Der Gemeinderat habe hierzu eine Liste zur Kenntnis erhalten.

11.2 Zuschuss Integrationsbeauftragter

Die Gemeinde habe einen Zuwendungsbescheid zur Förderung von Integrationsbeauftragten über 10.000 Euro erhalten. Es gelte jetzt, entsprechend Personal zu generieren.

11.3 Schulleiter Grundschule Langensteinbach

Beim Besetzungsverfahren Schulleiterstelle Grundschule Langensteinbach gebe es nur einen Bewerber. Die Verwaltung würde aus Gründen eines vereinfachten und schnellen Ablaufs dem Vorschlag zustimmen und der Bewerber soll sich dann dem Gremium vorstellen. Der Gemeinderat signalisiert Zustimmung.

11.4 Bürgerbegehren Verwaltungsgerichtsentscheidung

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner informiert, dass das Verwaltungsgericht Karlsruhe entschieden habe, in Sachen Bürgerbegehren das Verfahren in der Hauptsache einzustellen.

11.5 Information Grundsteuer

Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt informiert, dass die Grundsteuerreform kommen wird. Ab 2025 soll es auch eine Grundsteuer C geben. Bis 2024 bleibe alles beim Alten. Es gebe eine Öffnungsklausel für die Länder zur Neuregelung der Grundsteuer.

11.6 Jahresabschluss GR-Arbeit

GR Peter Kiesinger (CDU) bedankt sich im Namen des Gemeinderates für die gute Zusammenarbeit im Gremium und mit der Verwaltung. Der Vorsitzende hält einen Rückblick zur Arbeit des Gemeinderates und sagt, dass weitere Arbeitsfelder auf die Gemeinde zukommen werden. Er bedankt sich bei der Mitarbeiterschaft, die eine tolle Mannschaft bilde, auch das soziale Miteinander innerhalb der Gemeinde sei durch Feste und Ähnliches gepflegt worden. Ein Dank gebühre ferner dem Gemeinderat für das sehr gute Miteinander. Er bittet darum, in diesem Sinne auch 2020 zusammenzuarbeiten.

zu 12 **Fragen der Zuhörer**

Keine.

gez. Jens Timm
Vorsitzender

gez. Hans-Dieter Stößer
Protokollführer/in

Gemeinderat Jürgen Herrmann
Urkundsperson

Gemeinderat Reinhard Haas
Urkundsperson

Gemeinderat Roland Rädle
Urkundsperson

Gemeinderat Uwe Rohrer
Urkundsperson